

Aufräumen vor Legislaturende

Die alten Hasen im Parlament kenne das: Die Herbstsession vor den eidgenössischen Wahlen hat ihren ganz speziellen Charakter. Zum einen bietet sich hier die letzte Gelegenheit, nochmals ein Zeichen des politischen Engagements zuhanden der eigenen Wählerschaft zu setzen. Zum anderen ist es für einige Kolleginnen und Kollegen der letzte Auftritt im National- bzw. im Ständerat. Die Stimmung schwankt zwischen Profilieren und Aufräumen.

Den Regulierungsdschungel ausforsten

Zum Thema Aufräumen passte es, dass das Parlament den Bundesrat durch die Überweisung meines Postulats aufforderte, sich endlich mit der Beseitigung der interkantonalen Doppelbesteuerung auseinanderzusetzen. Und zwar durch ein Bundesgesetz. Dieser Auftritt wurde 1874(!) in der Bun-

desverfassung verankert, aber nie umgesetzt. Die heutige Situation ist geprägt durch die Rechtsprechung des Bundesgerichts, ein historisch gewachsenes, sehr komplexes und kaum mehr zu bewältigendes Dickicht. Die Folge davon: ein hoher Verwaltungsaufwand mit häufig nachträglichen Korrekturen der Steuerveranlagungen. Das kostet Geld. Eine Vereinfachung drängt sich schon lange auf.

Den Nagel setzen

In der zu Ende gehenden Legislature gab es einige Vorstösse zur Verbesserung der Schwerkverkehrslage am Simplon. Leider waren nicht alle erfolgreich. Nun aber haben wir uns durchgesetzt: Ständerat René Imoberdorf und ich reichten im Frühjahr dieses Jahres in beiden Kammern den Antrag ein, den Ausbau der Lastwagen-Verladekapazität am Simplon und am Lötschberg

inklusive Bau von Verladeterminals für den Schwerverkehr in Oberwallis und in Thun/Bern zu überprüfen. Der Ständerat befasste sich als Erster damit und stimmte dem Postulat sogleich zu. Damit muss der Bundesrat nun in einem Bericht aufzeigen, wie er während der Sanierung des Gotthardstrassentunnels den zu erwartenden Lastwagen-Mehrverkehr am Simplon auffangen will. Der Nagel ist gesetzt, wir kämpfen weiter.

Einen Schritt weiter gehen

Abgeschlossen dagegen sind die Beratungen zur Totalrevision des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes. Die beiden Kammern haben die letzten Differenzen ausgeräumt. Damit ist die Motion, mit der ich 2007 die Schaffung eines Rahmengesetzes zur Kinder- und Jugendpolitik gefordert habe, erfüllt. Ein guter, ein

sehr guter Abschluss der Legislature. Die Arbeit für die Förderung und den Schutz der Kinder und Jugendlichen ist damit aber nicht beendet. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Bekämpfung der negativen Auswüchse im Internet auch einer engen internationalen Zusammenarbeit bedarf. Die Schweiz ist in der UNO stark engagiert. Warum also nicht diese Plattform nutzen? Der Nationalrat folgte meinem Antrag und überwies – wie zuvor der Ständerat – meine Motion für eine UNO-Resolution zur Bekämpfung des virtuellen Kindesmissbrauchs.



Nationalrätin
Viola Amherd